

Stellungnahme für die Presse: "Geld pflegt keine Menschen"

"Geld pflegt keine Menschen" - Stellungnahme von Angelika Gemkow zur Diskussion um die Forderung nach einer Auflösung der Pflegeversicherung

Pflege - ohne Versicherung? Die Menschen nicht vergessen!

Die aktuellen öffentlichen Forderungen nach Auflösung der Pflegeversicherung machen mir sehr viel Sorge um die Zukunft pflegebedürftiger Menschen. Schon heute sind 2 Millionen Menschen in Deutschland in drei Pflegestufen eingestuft, davon 500.000 in NRW. Erfreulicherweise wird die große Zahl Pflegebedürftiger immer noch von den Angehörigen zu Hause gepflegt.

Es kann und darf nicht sein, das Thema Pflegebedürftigkeit und die Herausforderungen an eine menschenwürdige Pflege nur noch unter finanziellen Gesichtspunkten zu diskutieren.

Die Etablierung der Pflegeversicherung hat die Solidarität mit den Pflegebedürftigen gestärkt, den Dienstleistungssektor Pflege aus dem Schattendasein geholt und durch die nötige Stärkung der pflegenden Familienangehörigen die Bereitschaft der Familien zur Übernahme der Pflege stark gefördert. Die Familie ist heute der größte Pflegedienst der Nation. Viele Angehörige pflegen 40 bis 60 Stunden in der Woche. Diese enorme Leistung ist unbezahlbar. Sie wird in der aktuellen Finanzierungsdebatte um die Pflegeversicherung schlicht vergessen, taucht darum in keiner Bilanz als Aktivposten auf.

Menschenwürdige Pflege, Qualität der Beziehung in der Pflege, Sicherung des Fachkräftebedarfs und Unterstützung der vielen pflegenden Angehörigen und die Finanzierungsgrundlagen gehören in der Diskussion zusammen. Bei Kosten von 3.000 bis 4.000 Euro im Monat pro Heimplatz flankiert die Pflegeversicherung dies in der höchsten Pflegestufe bis 1.432 Euro im Monat, in der Pflegestufe I mit 1.023 Euro. In der häuslichen Pflege zahlt die Pflegeversicherung in der Pflegestufe II 921 Euro. Private Eigenleistungen und hohe Sozialhilfezahlungen, finanziert durch die Steuerzahler, sind schon heute die Finanzierungsgrundlagen der Pflegekosten, weil die Pflegeversicherung von vornherein nur als Teilkasko-Versicherung angelegt war und längst nicht alle Pflegebedürftigen Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten.

Es bestand in Deutschland eigentlich immer Einigkeit darüber, Solidarität denjenigen zu geben, die der Hilfe in besonderer Weise bedürfen: Wenn dies nicht insbesondere pflege- und hilfsbedürftige Menschen sind, wer soll es sonst sein? Solidarität ist dann gefragt, wenn der einzelne Mensch seine Probleme nicht allein bewältigen kann.

Die Pflegebedürftigen sollten nicht verantwortlich gemacht werden für Stagnation in der Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit und große Defizite in der Sozialversicherung.

Weil die Pflegeprobleme immer drängender werden, die Zahl der Pflegebedürftigen wächst, wird die Forderung nach "Privatisierung der Pflegebedürftigkeit" und nach Abschaffung der solidarischen Pflegeversicherung erhoben. Das ist eine Logik, die entlarvend ist: Nicht die Pflege insgesamt wird zum Thema, sondern nur die Kosten.

Ich befürchte, dass es in Zukunft ohne ausreichende Solidarität in unserer Gesellschaft mit Pflegebedürftigen und Pflegenden zu Billig-Versorgung und Fließbandpflege kommen kann. Der Steuerzahler bzw. die öffentliche Hand ist überhaupt nicht in der Lage, die Kosten der Pflege zu zahlen. Selbst Menschen mit "Vermögen" werden bei Pflegebedürftigkeit schnell zu Sozialhilfeempfängern, wenn sie über längere Zeit im Pflegeheim wohnen.

Wir müssen mit großer Sachkenntnis und Umsicht auf die Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft mit immer mehr pflegebedürftigen Menschen reagieren. Dazu gehört selbstverständlich auch die Forderung nach Eigenleistung oder Eigenvorsorge. Pflege muss nach meiner Meinung aber solidarische Versicherungsleistung bleiben.

Eine menschenwürdige Pflege darf nicht durch falsche Weichenstellungen in der Finanzierung zur Disposition gestellt werden. Die Pflege und die Pflegeleistung darf in Deutschland nicht weiter diskriminiert werden. Pflege braucht mehr öffentliche Anerkennung.

Wir haben in Politik und Gesellschaft die Pflicht, Qualität und Menschlichkeit im Pflegebereich zu sichern. Die Prüfung von Effizienz- und Optimierungspotentialen und die Diskussion von Schnittstellenproblemen der unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen mit den bekannten Verschiebebahnhöfen gehören dazu. Es kann nicht sein, dass vor Gericht zwischen Kostenträgern Prozesse um die Finanzierung für das "Anziehen von Kompressionsstrümpfen" geführt werden. Die m.E. zu große "Pflegebürokratie" in Deutschland mit vielen Gesetzen, Verordnungen und Zuständigkeiten kostet nach meiner Meinung zu viel Geld, das für die Pflege der Menschen dann nicht mehr zur Verfügung steht.

Pflege ist keine Ware; es geht vielmehr um Menschen, um Pflegebedürftige jeden Alters und um Pflegenden. Pflege in Deutschland, das ist aber auch ein großer Wachstumsmarkt mit zunehmendem Wettbewerb, mit steigenden Umsätzen, mit vielen Arbeitsplätzen, mit hohen Infrastruktur-Investitionen, mit vielen Dienstleistungs- und Produktionsbereichen, z.B. für Pflegehilfsmittel und technische Ausstattungen.

Die Pflege, die vielen Pflegenden - ob Pflegeprofis oder Angehörige - brauchen unsere gesellschaftliche Unterstützung. Geld allein pflegt keine Menschen. Wenn Menschen nur noch Kostenfaktoren sind, verliert diese Gesellschaft ein Stück Humanität und christliche Einstellung.